Überlassungsvertrag für die Abgabe der Trägerschaft eines Friedhofes

Die Evangelische Kirchengemeinde in Ilsenburg

- vertreten durch den Gemeindegemeinderat -

- im Folgenden Kirchengemeinde genannt -

und

die Stadt Ilsenburg

- im Folgenden Gemeinde genannt -

Harzburger Straße 24 in 38871 Ilsenburg

- vertreten durch den Stadtrat und den Bürgermeister -

schließen über die Übertragung der Verwaltung und Nutzung des kirchlichen Friedhofes in Ilsenburg

folgenden Vertrag:

§ 1

Vertragsgegenstand

(1) die Kirchengemeinde Ilsenburg als Eigentümerin des Flurstücks 2, Flur 3648, Gemarkung Ilsenburg in Größe von insgesamt 9.465 m² überlässt dieses ab dem 01.01.2017, ohne ihr Eigentumsrecht daran aufzugeben, der Gemeinde in Ilsenburg zur Verwaltung und Nutzung als Friedhof. Gleichzeitig überträgt sie die Friedhofträgerschaft ab dem 01.01.2017 auf die Gemeinde.

(2) Über eine Teilfläche des Vertragsgegenstandes besteht seit dem 01.08.1996 ein Grundstücksmietvertrag zwischen der Evangelischen Kirchengemeinde Ilsenburg und dem Steinmetzbetrieb Manfred Hellmund. Die Stadt Ilsenburg tritt in alle Rechte und Pflichten des vorgenannten Grundstücksmietvertrages ein.

(3) Die Überlassung erfolgt unentgeltlich.

§ 2

Vertragsdauer

(1) Dieser Vertrag wird für die Dauer geschlossen, in der die in § 1 genannte Fläche als Friedhof gewidmet ist.

(2) Über die Schließung des Friedhofes und die Entwidmung des Grundstückes als Friedhof entscheidet die Gemeinde im Benehmen mit der Kirchengemeinde. Die Entwidmung setzt den Ablauf aller Nutzungsrechte und Ruhezeiten und den Ablauf einer angemessenen Pietätsfrist voraus.

(3) Beiden Vertragsparteien ist bekannt, dass der Friedhof vor einer Entwidmung nur im beiderseitigen Einvernehmen an die Kirchengemeinde zurückgegeben werden kann.

§ 3 Friedhofsunterlagen

Die Kirchengemeinde wird die den Friedhof betreffenden Unterlagen (Plan, Kartei, Buch, Haushalts- und Abrechnungsunterlagen sowie Rücklagen) der Gemeinde übergeben.

§ 4 Gewährleistung

Die Kirchengemeinde übernimmt keine Gewähr für eine bestimmte Grenze, Größe, Güte und Beschaffenheit einschließlich der Erschließung des Grundstücks. Der Zustand des Friedhofes und der Gebäude/baulichen Anlagen ist der Gemeinde bekannt.

§ 5 Friedhofssatzung Friedhofsgebührensatzung

(1) Die Verwaltung und Nutzung des Friedhofes wird von der Gemeinde nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen durchgeführt. Im Zeitpunkt der Überlassung gelten die Friedhofssatzung der Kirchengemeinde vom 27.09.2016 und die Friedhofsgebührensatzung der Kirchengemeinde vom 27.09.2016.

(2) Die Friedhofssatzung und die Friedhofsgebührensatzung gelten solange weiter, bis die Gemeinde selbst eine Friedhofssatzung und eine Friedhofsgebührensatzung erlassen hat.

(3) Die Gemeinde wird bei wesentlichen Änderungen der Friedhofssatzung das Benehmen mit der Kirchengemeinde herstellen.

(4) Die Gemeinde tritt in alle Rechte und Pflichten der Kirchengemeinde ein, die gegenüber den Grabstellinhabern aufgrund der bisher geltenden Ordnung bestehen, sofern diese der Gemeinde gem. § 3 bekannt sind und übergeben worden sind.

§ 6
Instandhaltung des Friedhofes
und der Friedhofskapelle

(1) Die Gemeinde wird den Friedhof würdig instandhalten.

(2) Der Gemeinde obliegt auch, die vorhandene Kapelle und das Verwaltungsgebäude in ordnungsmäßigem und zweckentsprechendem Zustand zu erhalten bzw. in einen solchen Zustand zu setzen und bei einer leistungsfähigen konzessionierten Versicherungsgesellschaft gegen Feuer und Wasser zu versichern und im Falle der Zerstörung wiederherzustellen.

(3) Vor einer wesentlichen Änderung der Gestaltung der Friedhofsanlage (unter anderem z. Bsp. bei der Entwidmung von Teilflächen, der Neuerrichtung von baugenehmigungspflichtigen Anlagen) wird die Gemeinde das Benehmen mit der Kirchengemeinde herstellen. Ein Wertersatzanspruch für errichtete bauliche Anlagen besteht für die Gemeinde bei Rückgabe des Flurstücks nur dann, wenn die Kirchengemeinde einer eventuellen Kostenerstattung zum Zeitwert zugestimmt hat.

§ 7
Recht der Kirche

(1) Trauerfeiern und Bestattungen können auf dem Friedhof weiterhin nach der kirchlichen Ordnung durchgeführt werden. Auf dem Friedhof und in der Friedhofskapelle dürfen der christliche Glaube und die evangelische Kirche nicht herabgewürdigt oder angegriffen werden.

(2) Die Vertragsparteien stimmen darin überein, dass das Innere der Friedhofskapelle mit christlichen Ausstattungsgegenständen, wie Altar, Kreuz usw. versehen bleibt. Im Übrigen bedarf die Inneneinrichtung, deren Ausmalung und das Anbringen von Sprüchen und deren Veränderung der vorherigen Zustimmung des Gemeindegemeinderates.

(3) Die Kirchengemeinde hat das Recht, die Friedhofskapelle für Trauerfeiern und andere kirchliche Veranstaltungen zu benutzen. Die Festlegung der Nutzungszeiten soll einvernehmlich geschehen.

§ 8 Abgaben und Lasten

Alle einmaligen und wiederkehrenden öffentlichen und privatrechtlichen Lasten und Abgaben, die das im Eigentum der Kirchengemeinde stehende Friedhofsgrundstück betreffen und ab dem Zeitpunkt der Überlassung entstehen, trägt die Gemeinde. Sie hat auch für die Erfüllung behördlicher Auflagen zu sorgen.

§ 9 Haftungsfreistellung

Die Gemeinde stellt die Kirchengemeinde von allen Haftpflichtansprüchen frei, die gegen sie als Eigentümerin des o.g. Grundstücks, ab dem Zeitpunkt der Überlassung entstehen. Die Gemeinde ist auch verantwortlich für die Verkehrssicherheit des überlassenen Grundstücks.

§ 10 Rückgabe des Grundstücks

Das Grundstück ist bei Vertragsende von der Gemeinde an die Kirchengemeinde in ordnungsgemäßem Zustand zurückzugeben. Auf Verlangen der Kirchengemeinde hat die Gemeinde auf ihre Kosten die Gräber abzuräumen und Baulichkeiten, die ab dem Zeitpunkt der Überlassung auf dem Friedhof (auch Friedhofsmauer) errichtet wurden, abzureißen, sofern behördliche Auflagen nicht dagegen stehen. Gegebenenfalls gilt § 6 Absatz 3 letzter Satz.

§ 11 Schlussbestimmungen

- (1) Mündliche Nebenabreden haben keine Gültigkeit.
- (2) Vertragsänderungen bedürfen der Schriftform.
- (3) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein oder werden, so bleibt die Wirksamkeit des Vertrages hiervon unberührt. An Stelle der unwirksamen Bestimmung tritt eine dem Sinn und Zweck dieses Vertrages am Nächsten kommende Bestimmung.

§ 12 Kirchenaufsichtliche Genehmigung

Der Vertrag bedarf zu seiner Wirksamkeit der kirchenaufsichtlichen Genehmigung durch den Leiter des Kreiskirchenamtes Harz-Börde. Das gilt auch für etwaige Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages.

Ilseburg, den

- Kirchengemeinde Ilseburg -

- Stadt Ilseburg -

L.S.

L.S.

.....
Vorsitzender des Gemeindegemeinderates

.....
Bürgermeister

.....
Kirchenältester

Kirchenaufsichtliche Genehmigung

Halberstadt, den

Kreiskirchenamt Harz-Börde

L.S

.....
Amtsleiterin